



**Essener Friedensforum
c/o pro Asyl
Friedrich Ebert-Str. 30
45127 Essen**

kontakt@essener-friedensforum.de

**Presse-Erklärung des Essener Friedensforums
zum Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, das der Stadt Essen
auferlegt, der AfD die Grugahalle für ihren Parteitag zu überlassen.**

Das Essener Friedensforum protestiert dagegen, dass das Verwaltungsgericht der Stadt Essen auferlegt, der AfD die Grugahalle bedingungslos zur Verfügung zu stellen. Die Weigerung der AfD, zu erklären, dass sie strafbare NS-Parolen auf dem Parteitag verhindert, macht deutlich, dass in der AfD Positionen in der Nachfolge des deutschen Faschismus Einfluss haben. Das Gericht pocht auf der Gleichbehandlung der Parteien. Mit dem Parteitag in der Grugahalle will die AfD den Eindruck erwecken, sie sei eine normale Partei. Die Skandale um die AfD offenbaren demgegenüber, dass die AfD keine normale Partei ist. (Das Gegenteil ist der Fall.) Die Entwicklung der AfD zeigt, dass sie zentrale Inhalte des Grundgesetzes infrage stellt. Art.1 des Grundgesetzes besagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das Deutsche Volk bekennt sich damit zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Dagegen steht die Politik der AfD gegen Minderheiten, die sie zu Sündenböcken für viele Probleme in unserem Land macht. Wenn Gerichte diese Zusammenhänge übergehen, haben Demokraten die Verantwortung, die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens zu verteidigen. Das Essener Friedensforum unterstützt wie bisher den demokratischen Gegenprotest, wenn die Grundrechte ausgehöhlt werden.

Monika Jennis und Bernhard Trautvetter – Sprecher des Essener Friedensforums